

# Ungarn

Heiko Fürst

Die Krise, in der Ungarn seit der „Lügenrede“ seines Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány im Jahr 2006 politisch wie später auch wirtschaftlich steckte, dauerte auch 2008 an und verschärfte sich weiter. Die Minderheitsregierung der sozialistischen MSZP wurde von der Opposition scharf attackiert. Dennoch scheiterten mehrere Anträge auf Auflösung des Parlaments an der MSZP und Stimmen aus den Reihen der kleinen Parteien, dem liberalen SZDSZ sowie dem konservativen MDF. Beiden kleinen Parteien drohte, bei Neuwahlen nicht mehr den Sprung ins Parlament zu schaffen, weshalb sie der Regierung halfen, im Amt zu bleiben, sie politisch aber nicht stützten. Ein von Ministerpräsident Gyurcsány angekündigtes radikales Steuersenkungsprogramm kritisierte der SZDSZ-Vorsitzende Gábor Fodor scharf.<sup>1</sup> Als die Regierung an der Haushaltsdebatte Ende des Jahres endgültig zu scheitern drohte, sicherte der SZDSZ jedoch deren Bestand. Bei der entscheidenden Abstimmung verabschiedeten die Liberalen gemeinsam mit der MSZP das Budget für 2009. Dennoch kündigte Ministerpräsident Gyurcsány am 21. März 2009 seinen Rücktritt an, und im Folgemonat wählten MSZP und SZDSZ den Vertrauten Gyurcsánys und bisherigen Wirtschaftsminister, Gordon Bajnai, zum neuen Premier. Bei der ersten Arbeitssitzung des als Expertenregierung angetretenen neuen Kabinetts kündigte Bajnai massive Kürzungen an.

## Finanzielle Unterstützung aus der EU

Wenige Tage nach Amtsantritt stellte Bajnai sein Krisenprogramm in Brüssel dem Kommissionspräsidenten vor. Bereits sein Vorgänger hatte ein umfassendes Reformprogramm verabschiedet, das eine Erhöhung der Mehrwert- und Einkommenssteuer, der Immobiliensteuer und Studiengebühren umfasste, das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre erhöhte und die 13. Monatsrente abschaffte. Die Maßnahmen waren erforderlich geworden, nachdem Ungarn im Oktober 2008 nur durch internationale Kredite einen Staatsbankrott abwenden konnte. Bereits 2006 betrug das Defizit im Staatshaushalt 10%. Im Folgejahr erzielte Ungarn mit 1,3% das geringste Wirtschaftswachstum in der EU, und 2008 lag eine Staatsverschuldung in Höhe von 67,4% des BIP vor.<sup>2</sup> Als infolge der Finanzkrise die Landeswährung Forint ebenfalls massiv einbrach, musste Ungarn auf ausländische Hilfe zurückgreifen. Im Oktober 2008 schnürten EU und IWF ein Kreditpaket über 20 Mrd. Euro, von denen 12,5 Mrd. vom IWF, 1 Mrd. von der Weltbank und 6,5 Mrd. von der EU zur Verfügung gestellt wurden. Gleichzeitig erhöhte die Union die Höchstsumme, die sie für Notkredite zur Stützung von der Finanzkrise betroffener Mitglieder als Kredit auf den internationalen Märkten aufnehmen darf, von 12 Mrd. auf 25 Mrd. Euro.<sup>3</sup>

---

1 Vetter, Reinhold: Budapest steckt im politischen Patt, in: Handelsblatt, 29.09.2008, Beilage „Ungarn“.

2 Kaelble, Martin: Ungarn lässt Leitzins bei 9,5 Prozent, in: Financial Times Deutschland, 26.05.2009.

3 Hönighaus, Reinhard/Weikert, Eva: IWF und EU retten Ungarn vor Bankrott, in: Financial Times Deutschland, 30.10.2008.

Im ersten Quartal 2009 brach Ungarns Wirtschaft erneut um 6% ein. Ministerpräsident Gyurcsány unterbreitete daraufhin den Vorschlag, bei der Union einen umfassenden europäischen Rettungsfonds für Osteuropa mit einem Kapital von 160-190 Mrd. Euro aufzulegen. Die Mittel sollten die EZB und der IWF mit Liquiditätsspritzen von 50 Mrd. Euro sowie Krediten in Höhe von ebenfalls 50 Mrd. Euro bereitstellen. Außerdem sollten aus der EBRD weitere 80 Mrd. Euro für ein Konjunkturprogramm zur Umstrukturierung der notleidenden Banken sowie als Bürgschaften und Liquiditätshilfen zufließen. Die Staats- und Regierungschefs der EU lehnten Ungarns Vorschlag auf einem informellen Treffen am 2. März ab. Der tschechische Ratspräsident Topolánek erklärte, es gebe keine Spezialkategorie „Osteuropa“ und die von der Bankenkrise betroffenen Staaten ließen sich nicht in einen Topf werfen. Bereits zuvor war Ungarn bei einem von Polen taggleich initiierten Sondertreffen neun osteuropäischer Staaten auf Widerstand gestoßen und lediglich von dem stark durch die Finanzkrise betroffenen Litauen ausdrücklich unterstützt worden.<sup>4</sup> Im weiteren Verlauf des Jahres verbesserte sich Ungarns wirtschaftliche Lage nicht. Im Juni erklärte die Europäische Kommission, bis 2011 müsse Ungarn sein Staatsdefizit unter Kontrolle haben und forderte bis Ende 2009 ein darauf ausgerichtetes Maßnahmenpaket.

### **Der Wahlkampf zum Europäischen Parlament**

Im Zeichen der desolaten wirtschaftlichen Situation fand der Wahlkampf zum Europäischen Parlament statt. Erwartet wurde ein deutlicher Sieg des oppositionellen Fidesz und signifikante Verluste der regierenden MSZP. Unklar war die Positionierung dreier kleiner Parteien, die den Sprung ins Parlament zu verfehlen drohten bzw. erstmals dort einziehen wollten: MDF, SZDSZ und Jobbik.

Für das bürgerliche MDF wurde der Wahlkampf zur Zerreißprobe. Im Februar fragte die Parteivorsitzende beim Wirtschaftsexperten Lajos Bokros um eine Kandidatur an. Der ehemalige Finanzminister der sozialliberalen Regierung hatte Ungarn 1995 ein rigides Sparpaket auferlegt. Anfang März wählte ihn das MDF zwar mit 48 zu 44 Stimmen zum Spitzenkandidaten, aus Protest verließen jedoch zwei Parlamentarier, darunter der Parteivize Péter Olajos, das MDF. Dieses verlor dadurch seinen Fraktionsstatus im ungarischen Parlament. Die Abtrünnigen kritisierten, die Partei büßte mit Bokros ihre konservative Identität ein, was dieser seinerseits verstärkte, als er in einem Interview von der Geburt eines neuen MDF sprach.<sup>5</sup> Mit erreichten 5,31% der Stimmen sandte das MDF Lajos Bokros als einzigen Kandidaten nach Straßburg.

Im Gegensatz zum MDF gelang es dem liberalen SZDSZ nicht, die Fünfprozenthürde zu überspringen. Mit 2,16% verlor die Partei alle bisherigen Mandate und rangierte im innerungarischen Parteienwettbewerb auf dem sechsten Platz. Der Fraktionsvorsitzende János Kóka bot daraufhin seinen Rücktritt an. Auch der Parteivorsitz wurde mit Attila Retkes neu besetzt. Seine Antrittsrede spaltete die Partei. Er entschuldigte sich für den kosmopolitischen Weg, den der SZDSZ bislang verfolgt habe und dafür, dass er die Schicksalsfragen der Ungarn, insbesondere der im Ausland lebenden nationalen Minderheiten vernachlässigt habe.<sup>6</sup> Budapests prominenter liberaler Oberbürgermeister, Gábor

---

4 Hönighaus, Reinhard/Höller, Christian: Osteuropäer dringen auf EU-Krisengipfel, in: Financial Times Deutschland, 20.02.2009.

5 Bokros Lajos EP-jelölése megkérdőjelezi a párt identitását, in: Népszava, 26.02.2009; Csuhaj, Ildikó: Megszűnik az MDF-frakció: Bokros miatt kilépett Csáky András, in: Népszabadság Online, 09.03.2009.

6 Retkes Attilát választották pártelnöknek, in: Népszava, 12.07.2009.

Demszky, erklärte daraufhin, die neue Richtung sei eine Bedrohung für all diejenigen, die den SZDSZ in den vergangenen Jahren geführt hätten. Er kündigte an, nicht wieder als Oberbürgermeister zu kandidieren. In der Folge traten mehrere SZDSZ-Bürgermeister sowie prominente Persönlichkeiten aus der Partei aus.

Im Gegensatz zu MDF und SZDSZ gelang es der nationalistischen Partei Jobbik Magyarországért Mozgalom (Bewegung für ein besseres Ungarn), mit 14,77% als drittstärkste Kraft und nur knapp hinter den regierenden Sozialisten ins Europaparlament einzuziehen. Ihr Ergebnis ist Ausdruck einer zunehmenden Nationalisierung der ungarischen politischen Landschaft, die an Fahrt gewann, seit der oppositionelle Fidesz bei öffentlichen Protesten gegen die Regierung die nationalistischen Kräfte miteinzubinden und für seine Zwecke zu nutzen versuchte. Mit der Magyar Gárda (Ungarische Garde) entstand ein paramilitärischer Arm der Jobbik, der offensiv gegen Roma, Juden, Liberale und Globalisierer auftrat, in Ungarns Straßen patrouillierte und die slowakischen Nachbarn provozierte. Dies führte zum einen zu einem massiven Konflikt mit der Slowakei, die ihrerseits eine nationalistische Partei in Regierungsverantwortung hatte und antimagyarische Politik betrieb. Zum anderen waren zunehmend Ausschreitungen und Morde an der Romabevölkerung zu verzeichnen. Ausländische Zeitungen schrieben von „Dämonen“ in Ungarn (La Libre), von „entflammender Hassrede“ (Libération) und einer „Jagd auf schwarze Schafe“ (Financial Times). Christian Schmidt-Häuer analysierte in der ZEIT, in Ungarn gebe es im Gegensatz zu anderen Ländern keine organisierten Proteste und keinen demokratischen Konsens gegen den „Sumpf rassistischer und nationalistischer Blüten“.<sup>7</sup> Die Magyar Gárda wurde Ende 2008 zwar gerichtlich verboten, doch formierte sie sich in Rumänien neu<sup>8</sup>, und Gábor Vona als Doppelspitze von Jobbik und Garde ging aus den Europawahlen gestärkt hervor.

### Das Europäische Neutronenforschungszentrum

Im Jahr 2009 wurde der Standort für das Europäische Neutronenforschungszentrum in der Union bestimmt. Das Zentrum geht auf eine Initiative der OECD aus dem Jahr 1999 zurück, als die zuständigen Fachminister beschlossen, in den Ländern der Triade jeweils ein Zentrum zu errichten. Die US-amerikanische Einrichtung ist bereits in Betrieb, die japanische im Bau. Für die EU hatten sich Bilbao in Spanien, Debrecen in Ungarn sowie Lund in Schweden beworben. Die ungarische Bewerbung geht auf die beiden Berliner und Budapester Neutronenforscher Ferenc Mezei und László Rosta zurück, die sich 2003 an den damaligen Ministerpräsidenten wandten. Das ungarische Zentrum solle in erster Linie auf Materialforschung, Nanotechnologie und Molekularbiologie ausgerichtet werden. Debrecen biete hierfür mit bestehenden Zentren wie dem Institut für Atomkernforschung optimale Voraussetzungen. Die ungarische Europaparlamentarierin Edit Herczog betonte außerdem, die Ansiedlung im strukturschwachen Debrecen sei gleichzeitig auch ein Beitrag zur Regionalpolitik.<sup>9</sup>

In Budapest wurde die Zuständigkeit für die Bewerbung mehrmals delegiert. 2004 erteilte die Regierung dem Bildungsministerium den Auftrag, sich der Angelegenheit anzunehmen. Von dort wanderte die Verantwortlichkeit an das Nationale Amt für Forschung

7 Schmidt-Häuer, Christian: Unter der Fahne der Faschisten, in: Die Zeit, 07.05.2009.

8 Moise, Adrian: Extremistii maghiari s-au mutat în Secuime, in: Evenimentul Zilei, 31.07.2009; Fondatorul „Garzii Maghiare“ revizioniste a venit în România sa sprijine autonomia ungarilor din Carpati, in: Ziu, 06.08.2009.

9 Közép-európai összefogás Debrecenért, 17.04.2009, <http://www.eshungary.eu/hirek.html>.

und Technik und schließlich zum Wirtschaftsministerium. Am 6. November 2008 wurde der Nationalrat für das Forschungszentrum gegründet (ESS Nemzeti Tanács), der das Projekt vorantreiben sollte. Mit einer diplomatischen Initiative 2008 wurde die Unterstützung der EU-Nachbarländer gewonnen.<sup>10</sup> Nachdem die für März angesetzte Entscheidung der Union vertagt wurde, veranstaltete das Wirtschaftsministerium am 16. und 17. April 2009 in Debrecen eine Konferenz zum Thema. Am 6. Juni allerdings zog Spanien seine Bewerbung zurück und unterzeichnete eine Kooperationsvereinbarung mit Schweden, das es fortan unterstützte. Da Schweden bereits zuvor zahlreiche Länder gewonnen hatte, galt mit der spanischen Entscheidung der Standort auch ohne offiziellen Beschluss als besiegelt.

### **Gas für Europa: Nabucco**

Beim Bau der europäischen Gaspipeline zwischen dem Kaspischen Meer und der Union profilierte sich Ungarn 2008 als Treiber des Projekts. Hatte die Regierung bislang zwischen der europäischen Nabucco-Lösung und der russischen South Stream-Variante laviert, priorisierte sie nun Nabucco und setzte im April mit Mihály Bayer einen erfahrenen Diplomaten als Sonderbeauftragten ein. Eine seiner ersten Reisen führte den früheren Botschafter im Jemen, Libyen, China und Moldova in die Vereinigten Staaten. Ebenso wie bei seiner zweiten USA-Reise im Oktober erklärte er anschließend, das Nabucco-Projekt habe die volle Unterstützung der USA.<sup>11</sup> Deren für Energiefragen zuständiger Diplomat, Steven Mann, legte klar, die USA wollten das Gasmonopol Russlands brechen,<sup>12</sup> weshalb es Bayer auch gelang, Finanzierungszusagen nicht nur von chinesischen, sondern auch von US-amerikanischen Banken zu erhalten. Die unklare Gesamtfinanzierung des Projekts war auch zentrales Thema bei einem in Budapest organisierten Sondergipfel im Januar 2009. Etwa ein Drittel der Investitionen wird von dem Konsortium der Energieunternehmen, durch deren Länder die Pipeline läuft, sowie der deutschen RWE getragen. Der Rest der geschätzten 7,9 Mrd. Euro muss anderweitig eingeworben werden. Bereits im Oktober hatte das Europäische Parlament das EU-Budget für Nabucco um 5 Mio. Euro erhöht, wobei aus der sozialdemokratischen Fraktion lediglich die ungarischen Delegierten für die Erhöhung stimmten.<sup>13</sup> Außerdem gab Mihály Bayer im Mai 2009 zu Protokoll, die Europäische Investitionsbank werde ein weiteres Viertel der Kosten tragen, und sowohl Weltbank als auch Osteuropabank erwägen den Einstieg.<sup>14</sup> Die ungarische Politik wird das Projekt weiter vorantreiben, da sowohl Regierung als auch Opposition Nabucco unterstützen. Für die ungarische EU-Präsidentschaft 2011 kündigte Außenministerin Göncz bereits an, die Energiepolitik werde in jedem Fall eine der Prioritäten sein.<sup>15</sup>

### **Weiterführende Literatur**

Ágh, Attila: Hungarian Politics in the Early 21st Century: Reforms and post-EU Accession Crisis, in: Südosteuropa Mitteilungen, 2/2008, S. 68-82.

Bozóki, András: Consolidation or Second Revolution? The Emergence of the New Right in Hungary, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 2/2008, S. 191-232.

Küpper, Herbert: Die Krise der direkten Demokratie in Ungarn, in: Osteuropa, 1/2009, S. 2-23.

---

10 Korompay, Csilla: Vissza a jövőbe, in: Magyar Hírlap, 03.03.2009.

11 Elismerés Magyarországnak, in: Népszava, 03.10.2008.

12 Kocsis, Györgyi/Mann, Steven: "A legfontosabb, hogy legyen a csöben gáz", in: HVG, 24/2008.

13 „Sikerült elérni a magyar álláspont méltánylását“, in: Népszava, 23.10.2008.

14 Amerikai és kínai bankok is finanszírozhatják a Nabuccót, in: HVG Online, 14.05.2009.

15 Göncz: az energiakérdés prioritás Magyarországnak, in: Népszava, 30.01.2009.